

# Versäumnis der Landesregierung

**Windenergieanlagen.** Das Ziel, dass es eine Abkehr von fossilen Brennstoffen und nuklearen Energieträgern geben muss, ist unstrittig. Wie schwierig es allerdings ist, sich auf eine weltweit gleichlautende Vorgehensweise zu einigen, zeigt jeder einzelne sogenannte Klimagipfel.

Wenn nun ein Staat sich aufmacht, dieses Ziel konsequent umzusetzen, während zum Beispiel gleich hinter der Grenze zum Nachbarstaat antike Atommeiler brummen, dann zeigt dies deutlich, dass nur international verbindliche Vereinbarungen wirklich zielführend sind. Co<sup>2</sup> und Radioaktivität machen nicht an Landesgrenzen Halt.

Dennoch ist es ein richtiger Schritt, dass unsere Bundesregierung das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) beschlossen hat. Leider hat das EEG

zumindest einen gravierenden Webfehler: Es ermöglicht die intensive Förderung der Erzeugung von erneuerbaren Energien wie zum Beispiel der Windkraft, vernachlässigt aber gleichzeitig die Notwendigkeit entsprechender Speichermedien und eines Stromnetzes, das die enorm schwankenden Lasten überhaupt aufnehmen kann.

Diesen gravierenden Fehler im EEG kann wiederum auch nur die Bundesregierung korrigieren. Doch bis sie das getan hat, ist das EEG mit seinen verbindlichen Vorgaben geltendes Recht, das Länder und Kommunen umsetzen müssen.

Leider hat unsere NRW-Landesregierung nicht, wie andere Bundesländer, zumindest eine konkrete verbindliche Abstandsregelung zur Wohnbebauung erlassen, wes-

halb sich jede einzelne Kommune in Nordrhein-Westfalen dieses Themas annehmen muss und nicht selten damit überfordert ist.

Die Stadt Hagen ist nun zwischen Skylla und Charibdis gefangen, einerseits geltendes Recht umsetzen zu müssen und andererseits die Belastung für Mensch und Natur möglichst gering zu halten.

Leider ist Hagen nicht das unbeugsame gallische Dorf, das unaufhörlich dem (WEA-)Eindringling Widerstand leisten kann.

Wir verfügen nicht über den notwendigen Zaubertrank. Aber wir haben hoffentlich den Verstand und das Augenmaß, nur wenige und kleinere Windenergieanlagen zuzulassen.

**Gisbert Schmitz**

